

## INTERNATIONALE RUNDSCHAU

### Die Santiago-Initiative

Die gewerkschaftliche Lage in Lateinamerika ist außerordentlich gespannt. In einer wachsenden Anzahl südamerikanischer Länder ist es während der vergangenen Monate zu blutigen Zusammenstößen und Generalstreiks gekommen. Chile ist es, das durch die Revolte von Anfang April in Santiago die Hauptaufmerksamkeit auf sich gezogen hat. Nach verschiedenen inoffiziellen Meldungen sollen mehr als 60 Demonstranten dabei getötet worden sein. Die Regierung verhängte den Belagerungszustand über die ganze Republik und ließ mitteilen, daß vier Zivilisten standrechtlich erschossen worden seien, weil sie bei Plünderereien

ertappt wurden. Die Not der Arbeitslosen hat einen solchen Grad erreicht, daß es niemanden überraschen könnte, wenn sie sich an den Läden vergriffen haben sollten.

Gerade in Santiago wollten die der Sozialistischen Internationale angeschlossenen Parteien Südamerikas im August dieses Jahres eine Gemeinschaftskonferenz aller sozialistischen und demokratischen Parteien des Kontinents abhalten, deren Hauptgegenstand gemeinsame Maßnahmen gegen die Diktaturen sein sollte. Thema und Treffpunkt in der Hauptstadt Chiles waren auf einer Delegiertenkonferenz im Februar dieses Jahres in Buenos Aires beschlossen worden. Die Delegierten prangerten bei dieser Gelegenheit die brutalen Gewaltmethoden an, die immer noch — oder jetzt wieder — in besonders weitem Ausmaß in Kuba, San Domingo, Guatemala und Nikaragua angewandt werden, und nannten für das eigentliche Südamerika: Kolumbien,

Venezuela und Paraguay. Auf Chile wiesen sie nicht hin. Die Wahl von Santiago als Kongreßort läßt auch darauf schließen, daß sie dem chilenischen Regime ein gewisses antidiktatorisches Ethos zubilligen. Santiago sollte auch der Schauplatz einer Tagung des Ratgebenden Ausschusses des Sekretariats der Sozialistischen Internationale für Lateinamerika werden, der die eigentlichen Richtlinien des Kampfes gegen die Diktaturen ausarbeiten will. Man muß hoffen, daß die jüngsten Vorgänge in Santiago nicht zu einer Vertagung dieser Pläne führen, denn eine Initiative der freiheitlich-sozialistischen Parteien in diesem Teil der Welt ist wichtig, ja unaufschiebbar. Es ist bemerkenswert, daß an der Delegiertenkonferenz in Buenos Aires, die das zum Ausdruck brachte, auch ein Vertreter der freien Gewerkschaftsinternationale und ihrer amerikanischen Regionalorganisation, der ORIT, teilnahm und daß sich in der Presse der Vereinigten Staaten kein wesentlicher Widerspruch gegen dies Vorhaben regte, obwohl natürlich jene Kapitalinteressen, die mit den autoritären Regierungen der kritisierten Länder zusammenarbeiten, dem neuen Vorhaben mit Reserve gegenüberstehen.

Die Politik der chilenischen Regierung unter Präsident *Ibanez* wird in freigewerkschaftlichen Kreisen keineswegs als vorbildlich oder auch nur unter den gegebenen Umständen billigenswert angesehen. Bis in die letzten Monate hinein kam es bei Arbeitskonflikten immer wieder zur Parteinahme der Regierungsorgane gegen die Arbeitnehmerseite. Es ist bekannt, daß auch gemäßigte Bestrebungen um eine Besserung der Lage der breiten werktätigen Schichten unter Berufung auf das „Gesetz zum Schutz der Demokratie“ mit Verhaftungen geahndet worden sind. Bei Streiks, wie beispielsweise bei dem drei Monate währenden Streik der chilenischen Salpeterarbeiter, hat die Regierung sich oft damit begnügt, einfach die Wiederaufnahme der Arbeit zu „verfügen“ und einen Staatskommissar einzusetzen, der Arbeiter, die sich diesem Gebot nicht unterwarfen, einfach zu entlassen hatte. Die Proteste der chilenischen Gewerkschaften hatten keinen Erfolg — gegen „aufsässige“ Arbeitnehmer wurde auch im Fall des Salpeterstreiks das Militär eingesetzt, das ungeschert das Feuer eröffnete. Wie in den meisten lateinamerikanischen Staaten hat die Wehrmacht auch in Chile kaum die Sicherung gegen einen auswärtigen Feind zur Hauptaufgabe. Sie verdankt ihre relativ reichliche Ausstattung mit Geldmitteln der Bereitschaft ihrer Generäle, sie jederzeit gegen „Kommunisten“ einzusetzen. Als solche figurieren selbst bei offenkundigen Hungerrevolten die verzweifelten Massen.

Staatspräsident Carlos Ibanez del Camps hat Chile in den dreißiger Jahren als Diktator regiert. Er schob die Legislative, wenn sie ihn

behinderte, beiseite, oder er paktierte als „liberaler Selbstherrscher“ mit jenen Teilen der Opposition, „die mit sich reden lassen“. Er versuchte dabei nicht nur, die „Chilenidad“ zu fördern, das heißt jenes Denken, das Patrioten als den guten Wesenskern Chiles empfinden, sondern machte mehrmals auch einen Anlauf zu sozialen Teilreformen. Als General Ibanez bei den Wahlen vom Herbst 1952 sein Nachkriegs-„Come-back“ absolvierte, wurde die soziale Seite seines Wesens von seinen Anhängern sogar kräftig herausgestrichen. Damals gab es in Chile eine Frauenbewegung, die ihren Ausdruck in der „Partido Femenino“ der Senatorin *Maria de la Cruz* fand, die in manchem dem Kult der Evita Perón im benachbarten Argentinien ähnelte. All das schwamm im Kielwasser der Agitation für Ibanez. Bekanntlich hat Ibanez als Staatspräsident dann auch eine gewisse Anlehnung an das peronistische Argentinien vollzogen, mit dem er sich zu einer Art von „Wirtschaftsunion“ zusammenschloß. Auch das bedingte bei der Eigenart der peronistischen Reformen ein analoges Sozialpathos in Chile — wenigstens für einige Zeit.

Perón stürzte, aber schon vorher hatte der chilenische „General der Hoffnung“ und nunmehrige Staatspräsident Ibanez sein Land vorsichtig vom peronistischen Kurs abgesetzt. Andererseits aber war Ibanez sich stets bewußt, daß der Keimboden für den linken Radikalismus in Chile die unbeschreibliche Verarmung des städtischen und ländlichen Proletariats ist und daß stabile innerpolitische Verhältnisse nur dann zu erwarten sind, wenn der Lebensstandard der Massen auf ein erträgliches Niveau gebracht wird.

Obwohl einzelne industrielle Musterbetriebe ihrer Belegschaft erhebliche soziale Vorteile geboten haben und es auch während der Kriegs- und Nachkriegszeit gelang, bemerkenswerte soziale Reformen von staatlicher Seite in Angriff zu nehmen, ist es keiner chilenischen Regierung gelungen, die Not auf dem Lande durch eine Agrarreform zu beseitigen. Nun leben aber 90 vH der Einwohner in den Agrargebieten des mittleren Chile. Sie haben wenig von dem Wollexport, der den Süden des Landes, und der Kupferausfuhr, die seinen Norden wirtschaftlich belebt. Die Bevölkerung wuchs sprunghaft. Weizen, Fleisch und andere Lebensmittel müssen heute nach Chile eingeführt werden. Dennoch betreibt der Großgrundbesitz eine extensive Agrarwirtschaft. Die Folge ist, daß — wie der christlich-soziale Senator *Edouardo Frei Montalva* es einmal ausdrückte — sich immer wieder herausstellt, „daß pauperisierte, verzweifelte, unterernährte und analphabetische Massen keine Elemente für eine Demokratie bilden können“.

Ibanez, der „General der Hoffnung“, hat die Schlacht gegen dieses Elend nicht gewon-

nen. Es bleibt aber die Annahme bestehen, daß in ihm noch ein Schimmer echter Hoffnung auf ein vorsichtiges Hinaussteuern aus diesem volkswirtschaftlichen Chaos lebt. Sie kann, wenn sie solide sein soll, nur aus der Aussicht auf internationale Zusammenarbeit genährt werden, mit sozialistischen und zugleich demokratischen Bewegungen, die sich wegen ihres eindeutig antikommunistischen Charakters der Unterstützung der Vereinigten Staaten erfreuen. Ein reformfreundlicher Linkskurs, der sich von der „Volksfront“-Periode, die ab 1938 die bürgerlichen Liberalen mit den Sozialisten und Kommunisten vereinigte, grundsätzlich unterscheidet, dürfte der einzige Ausweg sein, der Chile noch zur Verfügung steht, wenn es eine krasse Diktatur vermeiden will. Die Sozialistische Internationale hat also keine unverständliche oder unvernünftige Taktik befolgt, als sie sich in Buenos Aires entschloß, im August in Santiago zu einer entscheidenden Tagung zusammenzutreten.

Nach amtlichen Angaben sind die Lebenshaltungskosten in Chile im Jahr 1956 um mehr als 40 vH gestiegen, die Löhne hoben sich im Durchschnitt aber nur um etwa 20 vH. Die Arbeitnehmer auf dem Lande und zum Teil auch die in den Städten verfügten schon zuvor über keinerlei Reserven, um ein solches Inflationselement abzufangen. Ihre Lage ist so bedrängt, daß bereits geringe Heraufsetzungen des Brotpreises oder der Verkehrstarife Ausbrüche der Ungeduld und Verzweiflung zur Folge haben, bei denen — ein Symptom für die Gereiztheit — auch die Frauen zunehmend eine Rolle spielen. Die eingangs erwähnten blutigen Unruhen in Santiago sind über einer Erhöhung der Autobustarife entbrannt, die von dem ohnehin nicht ausreichenden Lohn-einkommen des Familienernährers einen absolut unentbehrlichen Teil fortzunehmen drohte. Wirtschaftsminister *Roberto Infante* hat diese Heraufsetzung der Bustaxen wieder rückgängig gemacht. Es dürfte ihm klagewesen sein, daß die „Agrar- und Arbeitspartei“, Ibanez' Hauptstütze, ringsum im Land ihre Anhänger verlieren wird, wenn Zusammenstöße wie die in Santiago sich wiederholen. Ohnehin hat die genannte Partei bei den chilenischen Kongreßwahlen vom 3. März dieses Jahres nur mäßig abgeschnitten.

Ein Versuch, die politischen und sozialen Probleme Lateinamerikas auf übernationaler Ebene zu lösen, ist längst fällig. Im Interesse der freien Welt ist zu hoffen, daß er unter Anwendung freigewerkschaftlicher Ratschläge und Praktiken und mit Hilfe stabiler innenpolitischer Fronten der bewußt antidiktatorischen Parteien erfolgt. Er sollte gleichzeitig in so vielen Ländern wie möglich unternommen werden. Man darf sagen, daß die anlaufende Initiative der Sozialistischen Internationale schon gewisse Auswirkungen gezeigt hat. Die

Regierung von Guatemala zum Beispiel, die in Buenos Aires von der Sozialistischen Internationale als diktatorisch ausdrücklich gekennzeichnet wurde, unternimmt neuerdings Anstrengungen, um in den Vereinigten Staaten wie auch bei der eigenen Bevölkerung ihre Bemühungen um einige staatsbürgerliche Freiheit ins rechte Licht zu stellen. Sie genießt dabei die Förderung ihrer eigentlichen politisch-wirtschaftlichen Vormacht, der „United Fruit Co.“ Eine Studiengruppe guatemalteki-scher Professoren wurde zur Zusammenarbeit mit Dozenten des „Columbia Teachers College“ unter dem Protektorat der „International Co-operation Administration“ veranlaßt. Sie hat ein Studienprogramm für die Heranbildung freiheitsbewußter Staatsbürger entworfen, das Guatemalas Diktator, Präsident *Carlos Castillo Armas*, zur Grundlage der Volkserziehung machen will.

Die Schulen seines Landes, so wurde Anfang April angekündigt, werden ein Lehrbuch: „Bürger der Freiheit“ erhalten. Seine ersten sechs Kapitel legen unter der Überschrift „Das freie Individuum“ die staatsbürgerlichen Rechte und Pflichten dar. Auch von gewissen Freiheitsrechten auf wirtschaftlichem Gebiet und von „Arbeitsrecht“ soll künftig bei diesem Unterricht die Rede sein. Das Experiment ist nicht ohne Interesse. Es zeigt, daß die Entwicklung des staatsbürgerlichen Denkens auf übernationaler Basis auch eine Diktatur beeindrucken kann und daß sie ihr — oder wenigstens ihren kapitalistischen Hintermännern — unabweichbar erscheint. Die besondere Lage Guatemalas, das vor drei Jahren unter ausländischer Einwirkung ein an sich reformfreundliches und politisch keineswegs radikales Regime, das des Präsidenten *Arbenz*, als „kommunistisch“ beseitigte, macht verständlich, weshalb gerade dort das Bedürfnis, die „erlaubte Freiheitlichkeit“ von der „unerlaubten“ abzugrenzen, besonders fühlbar wurde.

Die „Integration“ der nicht kommunistischen Parteien und Bewegungen, die für echte Demokratie und Gewerkschaftsfreiheit in Südamerika eintreten, kommt reichlich spät. Die ungeklärte Lage in einem so wichtigen Land wie Argentinien illustriert das. Der Rückschlag in Chile, der hoffentlich die Abhaltung der Santiagokonferenz nicht verhindert, macht es ebenfalls deutlich. Um so wichtiger ist es, daß diesmal keine halbe Arbeit geleistet wird. Überall haben die „Volksfronten“ der Kriegszeit und der Jahre unmittelbar davor und danach abgewirtschaftet. Aber auch die naive Idee, man könnte einfach wieder ohne sie mit der „starken Hand“ — gemildert durch Korruption — und einer Ordnung, die von Armeen verteidigt wird, die nur Polizeidienste leisten, weiterkommen, ist kompromittiert. Ein Neubeginn ist unerläßlich. Er ist unaufschiebbar. Er kann nur dann gelingen, wenn starke Kräfte sich für ihn einsetzen.

*Hans Drugis*

### Klarheit ist lebenswichtig

Wir haben die Absicht, im Juliheft an dieser Stelle die wichtigsten Zeitschriftenaufsätze zur Atomwarnung der Göttinger Achtzehn und Albert Schweitzers zu besprechen. Für heute sei nur auf eine beachtenswerte Schlußfolgerung hingewiesen, die *Dr. Wilhelm Wolfgang Schütz* in der Zeitschrift *Außenpolitik* zieht, indem er an der Spitze des Maiheftes die Forderung erhebt, im atomaren Zeitalter müsse der Wissenschaft verfassungsmäßig die Möglichkeit gegeben werden, zu jeder staatlich-politischen Entscheidung ihre Meinung kundzutun. Um das zu sichern, fordert Schütz die Schaffung eines deutschen Wissenschaftsrates. Wir werden auf diese Forderung, die gewiß ein lebhaftes Für und Wider auslösen wird, noch zurückkommen. Eine Stelle aus dem wichtigen Aufsatz von Schütz sei indessen heute zitiert: „Was durch diese Kontroverse in der deutschen Öffentlichkeit gezeigt und durch die Klarstellung der Göttinger Aditzehn erhärtet wird, das ist die Notwendigkeit, die Tatsachen auch auf wissenschaftlichem Gebiet zu sehen, wie sie sind. Solche Klarheit bleibt eine Lebensnotwendigkeit, wenn Staat und Volk in Deutschland nicht im luftleeren Raum oder in romantischen Reminiszenzen Politik betreiben wollen. Für ein kleingewordenes Land wie Deutschland könnte schon die Unterscheidung zwischen taktischen und strategischen Atomwaffen illusorisch werden, wenn nämlich der Einsatz von Hunderten von taktischen Atombomben und Granaten die totale Vernichtung für Volk und Land bedeuten würde.“

In einer Zeit, in der Zeitschriften wie *Die Bundeswehr*, *Wehr und Wirtschaft* u. a. mit der Behauptung, „taktische Atomwaffen“ seien nur dazu bestimmt, „die gegenüberliegenden oder angreifenden Feindverbände“ zu bekämpfen, um die Vernebelung der Gehirne bemüht sind, ist solche Klarstellung in der Tat eine Lebensnotwendigkeit!

### Atomare Entwicklungsprobleme

Ober die wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Aspekte der künftigen Entwicklung der friedlichen Verwendung der Atomenergie sind in letzter Zeit einige interessante Aufsätze erschienen, auf die wir unsere Leser hinweisen möchten. Vor allem hat *Prof. Dr. Fritz Baade*, Direktor des Instituts für Weltwirtschaft in Kiel und Mitglied des Bundestags, im April- und Maiheft der Zeitschrift *Außenpolitik* außerordentlich gedankenreiche Untersuchungen veröffentlicht. Die erste steht unter dem Titel „Weltbevölkerung und Weltenergiewirtschaft“ und bringt eine gewissenhafte Ab-

schätzung der wahrscheinlichen Steigerung des Energieverbrauchs in Westeuropa und im Weltmaßstab bis zum Jahre 2000, im Verhältnis zum ständigen Wachstum der Erdbevölkerung und zur Steigerung des Sozialprodukts.

Der zweite Aufsatz von Baade untersucht dann zunächst, welche Leistungen noch aus den klassischen Energieträgern (Kohle, Erdöl, Erdgas, Wasserkraft) herausgeholt werden können, um damit einen Ausgangspunkt für die richtige Einordnung der Atomenergie in die künftige Energieversorgung der Menschheit zu gewinnen. Angesichts des in den nächsten Jahrzehnten sich vergrößernden Energiedefizits müssen laut Baade die Mittel für die Atomforschung und die Vorbereitungen der praktischen Anwendung der Atomenergie verstärkt werden, wobei allerdings „keinerlei Grund für Übereilung vorliegt“. Baade beweist dann im einzelnen, daß noch viel Forschungsarbeit zu leisten bleibt: „Die in den letzten Monaten in Deutschland geführte Atomkraftdiskussion kann bei dem Laien den Eindruck erwecken, als ob die Energiegewinnung durch Kernspaltung bereits eine technisch und wirtschaftlich reife Methode wäre. Davon kann leider gar keine Rede sein.“ Baade rechnet also mit längeren Zeiträumen der Entwicklung: „Für die nächsten Jahrzehnte haben wir von der Atomenergie nicht eine Bereicherung unserer Versorgung mit Energie zu erwarten, sondern das, was auf lange Sicht betrachtet noch wichtiger ist, eine Erweiterung unseres Wissens. Wenn wir von diesem erweiterten Wissen dann einige Jahrzehnte später den richtigen Gebrauch machen, wird sich eine um so größere Verbesserung unserer Energieversorgung ergeben, je mehr Geduld und langfristige Planung wir in die Forschung gesteckt haben . . . Für den morgigen Tag, für das kommende Jahrtausend und seine Energieversorgung brauchen wir uns nicht zu sorgen. Wenn wir die Jahrzehnte bis zur Jahrtausendwende richtig nutzen, wird jeder nur denkbaren Zahl von Menschen auf jedem nur denkbaren Wohlstandsniveau eine reichliche Versorgung mit Energie aus den Erkenntnissen zur Verfügung stehen, die die Atomforschung bis dahin gebracht haben wird.“

In diesem Zusammenhang interessiert die Frage, welche Uraniummengen der Welt eigentlich zur Verfügung stehen. Einen wertvollen Beitrag zu diesem Thema veröffentlicht *Der Monat* (103) aus der Feder von *Charles F. Davidson*, Professor der Geologie in St. Andrews und Mitentdecker verschiedener Uranvorkommen. Aus seinem Aufsatz erfahren wir im einzelnen, welche Uranreserven der westlichen Welt zur Verfügung stehen und wo sie sich befinden, nämlich in Südafrika, Kanada, Belgisch-Kongo und, in kleinerem Ausmaß, in den USA. Der Verfasser rechnet damit, daß sich um 1965 herum die Kosten der bestehenden Förderungsanlagen amortisiert haben dürften, so daß von diesem Zeitpunkt an mit einem

Sinken der Uranpreise gerechnet werden könne: „Eines Tages wird die Produktion auch dieses Erzes sich dem Gesetz von Angebot und Nachfrage beugen, dem heute schon alle anderen Mineralien unterliegen.“ „

Die östliche Welt hat demgegenüber eines ihrer wichtigsten Urangebiete in *Ungarn*. Auf diese wirtschaftlich und politisch gleich interessante Tatsache verweist ein sachkundiger Beitrag in Heft 3 der Zeitschrift *Osteuropa* (Stuttgart). Der Verfasser, *Prof. Dr. Janos Stomfay-Stitz*, kommt zu folgender Schlußbemerkung: „Die Erschließung der Uranerzfelder in Südungarn ist nicht nur für Ungarn selbst von großer Bedeutung, sie ist auch für die künftige Entwicklung der ungarischen Position im Donaauraum bedeutsam. Da das Vorkommen so reich ist, muß angenommen werden, daß die Sowjetunion alles versuchen wird, um es in der Hand zu behalten.“

In diesem Zusammenhang sei noch darauf hingewiesen, daß die in München vom Free Europe Committee herausgegebene Zeitschrift *Hinter dem Eisernen Vorhang* in ihrer Nr. 4 eine sehr detaillierte, mit vielen Statistiken belegte Übersicht über die Entwicklung der Kohlenförderung und der Energiewirtschaft in Polen, der Tschechoslowakei, Ungarn, Rumänien, Bulgarien und den baltischen Staaten veröffentlicht.

### Kein Mangel an Ideen

„Oft wird bei uns die Klage laut, der Westen habe keine Idee. Ins Aktuell-Politische gewendet, verbirgt sich dahinter die bange Frage: Was haben wir dem Bolschewismus geistig entgegenzusetzen? Nun, an Ideen ist im Westen kein Mangel.“ Mit diesen Worten eröffnet die Zeitschrift *Offene Welt* (Frankfurt) ihre Nr. 48, die sie unter das Motto „*Leitbilder*“ gestellt hat, um einen Überblick über die wichtigsten aus dem 19. Jahrhundert hineinwirkenden Gesellschaftskonzeptionen zu geben. Im einzelnen bringt das Heft Studien über das neoliberale Programm (*Alexander Rüstow*), über die Grundlagen der katholischen und der evangelischen Soziallehre (*Franz Klüber* und *Heinz-Dietrich Wendland*), über „Karl Marx heute“ (*Walter Fabian*), einen weiteren Aufsatz „Was wollen die freiheitlichen Sozialisten?“ (*Gerhard Weisser*) und zur Abrundung Artikel über die gesellschaftliche Entwicklung in China, Indien und Polen. Recht interessant ist der Hinweis des Herausgebers, *Dr. Gernot Gather*, daß die geschichtsmächtigen geistigen Strömungen der Gegenwart — der soziale Liberalismus, der freiheitliche Sozialismus und das Christentum — sich im Ziel der erfüllten menschlichen Freiheit treffen.

Nein, an gesellschaftswissenschaftlichen Ideen herrschte im Deutschland des 19. Jahrhunderts kein Mangel — um so mehr hingegen an

demokratischen Taten. Ein Höhepunkt der nach der Enttäuschung über das Ergebnis der „Freiheitskriege“ einsetzenden Freiheitsbewegungen war das Hambacher Fest von 1832, dessen 125. Jahrestag die Wochenzeitung *Das Parlament* ihre Beilage „Aus Politik und Zeitgeschehen“ vom 15. Mai widmet. Der Historiker *Prof. Paul Wentzke* (Universität Frankfurt) veröffentlicht dort eine größere Arbeit über „Der Deutschen Mai 1832“, in der er Voraussetzungen, Verlauf und Folgen des Hambacher Festes darstellt. Er schließt mit dem Satz: „Auf den Grundlagen des Liberalismus bildeten Demokratie und Sozialismus neue Schößlinge.“ Auch hier wird also der gemeinsame Kern von Liberalismus-Demokratie-Sozialismus konstatiert.

Einen nützlichen Führer durch die Fülle der Neuerscheinungen der politischen Literatur des In- und Auslandes stellt die Zeitschrift *Neue politische Literatur* dar (Ring-Verlag, Stuttgart und Düsseldorf). Jedes Heft bringt mehrere Sammelreferate über eine Reihe von Neuerscheinungen zu einem aktuellen Thema und anschließend Einzelbesprechungen über wichtige neue politische Bücher. Von den Themen der letzten Hefte seien genannt: Umstrittener Marx — Sowjetunion mit und ohne Stacheldraht — Ober das Recht zum Widerstand — Zur Geschichte des Dritten Reiches — Der deutsche Rundfunk und die Politik — Von der Bürde und vom Geist Amerikas — Soziale Wirklichkeit im Lichte neuer deutscher Forschungen.

### Wiedervereinigung und Sowjetzone

Durch die programmatische Stellungnahme des DGB ist die Frage der deutschen *Wiedervereinigung* erneut in den Mittelpunkt fruchtbarer Diskussion (und hoffentlich nicht nur Diskussion) gerückt worden. In diesem Zusammenhang ist nichts wichtiger als eine möglichst realistische Analyse und Beurteilung der Situation und der Stimmung in der Sowjetzone. Zu diesem Thema liefert *Der Monat* (103) einen sehr lesenswerten Beitrag von *Fritz R. Allemann*, der seit Jahren als Korrespondent Schweizer Blätter in der Bundesrepublik lebt und häufig Gelegenheit hat, nach Ostdeutschland zu kommen; als Schweizer hat er genügend kritische Distanz zu den Dingen, durch seine Arbeit ist er andererseits den Problemen genügend nahe.

In seinem neuesten Aufsatz konstatiert er zunächst die Wandlung, die im letzten halben Jahr eingetreten ist: „Vor sechs Monaten schien alles einfach, klar, durchsichtig. Allenthalben spürte man die Bewegung, die Zeichen der Auflehnung gegen starre und wirklichkeitsfremde Dogmen, das wachsende Selbstbewußtsein des Volkes und das schwindende des Systems, das dieses Volk zu vertreten vorgab. Der aufgeweckten Kritik der Masse ent-

sprach die aufgelöste ideologische Härte der Funktionäre . . . Heute ist die Zone wieder unter die Glaslocke der kommunistischen Reaktion zurückgekehrt. Aber es ist nun keineswegs so, daß man einfach das Bild vom vergangenen Herbst umzukehren brauchte, um die heutige Lage zu charakterisieren. Gerade darin scheint mir vielmehr das Bezeichnende zu liegen, daß keine solche handliche Formel sich anbieten will. Auch die der ‚Restalinisierung‘ reicht dazu nicht aus, so viele Erscheinungen in solche Richtung weisen.“

Allemann versucht, die heutige Situation zu erklären: „Man ist auf der einen Seite vorsichtiger geworden, gewiß; das Schicksal Wolfgang Harichs und seiner Freunde schreckt. Aber es steckt doch vielleicht hinter dieser auffälligen Vereisung der Atmosphäre mehr und Ernsthafteres. Mancher, der gewiß im Innersten nichts gegen Auflockerung von Doktrin und Staatszwang einzuwenden hätte, schreckt vor den Folgen zurück — nicht nur den persönlichen, sondern auch den politischen, nicht nur für sich, sondern auch für die Sache, der er sich nach wie vor verbunden fühlt. Man möchte gern eine Reform des kommunistischen Systems, aber die stalinistischen Reaktionäre haben offenbar manche der antistalinistischen Reformer davon zu überzeugen vermocht, daß das der Anfang vom Ende wäre und daß man die einmal ins Rollen geratene Lawine nicht mehr aufhalten, geschweige denn ihren Lauf lenken und kontrollieren könnte.“

Nach dieser Feststellung, die zweifellos unsere ernste Aufmerksamkeit verdient, beschreibt Allemann „die eigentümliche Inkonsistenz, die für die gegenwärtige Lage in der Zone charakteristisch ist: Die Kleinlichkeit in der Theorie wurde durch eine gewisse Großzügigkeit in der Praxis aufgehoben. Man bewilligt nichts, und man toleriert allerhand. Der Funktionär hat Angst, irgendeine Verantwortung zu übernehmen: Er sagt darum lieber grundsätzlich nein, wenn er um etwas gebeten wird, aber er wagt es aus demselben Grunde nicht, einzuschreiten, wenn etwas geschieht, ohne daß man ihn fragt.“

Sehr interessant ist dann das Urteil eines politisch konservativen Mannes aus dem Magdeburger Industriegebiet, das Allemann zitiert: „Vom Bürgertum ist nichts mehr zu erwarten: es läßt sich langsam abwürgen, ohne mit der Wimper zu zucken. Die einzige soziale Gruppe, die wirklich resolut und aktiv antikommunistisch reagiert, ist und bleibt die Arbeiterschaft.“ Der gleiche konservative Gewährsmann betonte, „daß auch im Falle einer Wiedervereinigung nicht nur die Bodenreform selbstverständlich niemals angetastet werden dürfe, sondern daß auch nur der kleinere Teil der Industrie in privaten Besitz zurückgeführt werden könne.“ Und Allemann fügt hinzu:

„Das ist nicht nur die Ansicht eines einzelnen. Mehr als je zuvor ist mir diesmal aufgefallen,

wie tief sozialistische Vorstellungen in der Bevölkerung der Zone Fuß gefaßt haben. Man träumt von einem andern, einem freieren, demokratischen, nicht von der Partei gegängelten Sozialismus; man ist antikommunistisch bis ins Mark — aber von der Vorstellung einer einfachen Rückkehr in die Vergangenheit wollen gerade die aktivsten Kräfte des Widerstandes nichts wissen. Das gilt, mehr noch als für alle anderen Kreise, für die junge Generation. Rund 80 vH der Studenten, meinte ein Professor, der durch seinen engen Kontakt mit der akademischen Jugend bekannt ist, seien oppositionell eingestellt, aber die große Mehrheit von ihnen halte, genau wie die Arbeiterschaft, an sozialistischen Auffassungen‘ fest, auch wenn sie keine genauen Vorstellungen davon hätten, wie dieser Sozialismus, der ihnen vorschwebt, eigentlich aussehen müßte.“ Solche Thesen kann man, sagt Allemann, bemerkenswerterweise auch bei Leuten finden, die aus außenpolitischen Gründen im allgemeinen auf Adenauer schwören.

Schließlich gibt Allemann noch einen sehr wichtigen Hinweis, wenn er unterstreicht, daß das „Wirtschaftswunder“ allein je länger desto weniger die Anziehungskraft der Bundesrepublik für Menschen garantiere, die gelernt hätten, in anderen Kategorien zu denken: „Der Mythos vom ‚goldenen Westen‘ scheint im Verblässen.“ Gerade die junge Intelligenz sehne sich in ihrem dunkeln Drange mehr nach einem „gereinigten, menschlichen, idealen“ Sozialismus und interessiere sich deshalb stark für die Entwicklung in Polen; man klammere sich vielfach an die Hoffnung an einen „eigenen Weg zum Sozialismus“.

Ergänzend sei noch auf folgende Veröffentlichungen zur Frage der Wiedervereinigung hingewiesen: *Bernhard Tacke* vom Bundesvorstand des DGB schreibt über „Gewerkschaften und Wiedervereinigung“ (*Außenpolitik*, April); in seinen wertvollen Ausführungen betont er u. a., „daß wir uns gegen einen alles erfassenden Reprivatisierungsturm wenden müssen und nicht zulassen können, daß über diese Methode an der Wiedervereinigung verdient wird“. Im Maiheft von *Außenpolitik* schreibt *Otto Heinrich v. d. Gablentz* von der Deutschen Hochschule für Politik (Berlin) über „Die kulturelle Einheit Deutschlands“; seine Ausführungen, die durch freimütige Selbstkritik der Mängel des Westens angenehm auffallen, schließen mit der Mahnung: „Je länger es aber dauert, um so dringender ist die Aufgabe: Immer daran denken, immer davon reden, jede Gelegenheit benutzen, einander zu besuchen und zusprechen, damit nicht nur das Erbe gemeinsam bleibt, sondern auch die weitere Gestaltung der deutschen Kultur im Rahmen der europäischen im Dienste der Menschheit.“ — Im *Europaarchiv* (7) behandelt *Dr. Helmut Rumpf* „Aktuelle Rechtsfragen der Wiedervereinigung Deutschlands“. *Dr. Walter Fabian*

## BUCHBESPRECHUNGEN

### HERMANN BROGEMANN POLITISCHE ÖKONOMIE IN KRITISCHEN JAHREN

Die Friedrich-List-Gesellschaft von 1925 bis 1935. Mit einer Einleitung von Edgar Salin: In Memoriam Bernhard Harms. J. C. B. Mohr (Paul Siebeck) Tübingen, 192 Seiten, Leinen 18,— DM.

Die „Friedrich-List-Gesellschaft“ hat nur zehn Jahre lang gewirkt, ja ihre Glanzzeit, die Periode der großen Konferenzen, umfaßte sogar nur die Zeit von 1927 bis 1933. Aber wenn man jetzt die Geschichte dieser Gesellschaft — die übrigens vor zwei Jahren neu gegründet wurde — studiert, so gewinnt man einen starken Eindruck von der schöpferischen und intensiven Arbeit, die sie in dieser kurzen Zeitspanne geleistet hat. Wissenschaftler traten aus den elfenbeinernen Türmen der Universitäten heraus, Politiker und Unternehmer verließen ihre Büros, um in gemeinsamen Diskussionen Erkenntnisgrundlagen zum wirtschaftspolitischen Handeln zu erarbeiten und für ihre praktische politische Arbeit zu verwenden.

Das wirkte damals, in der Weimarer Zeit, als etwas Neues; denn die große Zeit des „Vereins für Sozialpolitik“ war vorüber. Originelle und bedeutende Männer, an denen die Weimarer Jahre wirklich reich waren, versuchen hier, aktuelle wirtschaftspolitische Fragen von Grund auf zu lösen: Fragen der Reparationen, der Kapitalbildung, und Steuern, der Landwirtschaft, der Währung. Wer jene Zeit miterlebt hat, wird diese Geschichte der Friedrich-List-Gesellschaft mit großem Interesse lesen: einmal, weil er damit die geistig lebendigen, spannungs- und problemgeladenen Jahre ins Gedächtnis ruft, zum anderen, weil er eine Menge interessanter Dinge erfährt, die sich damals hinter den Kulissen abspielten: z. B. die grobnationalistische Rede von Hjalmar Schacht auf der Pyramonten Tagung Mitte 1928 oder die improvisierte Währungskonferenz in Berlin 1931, die — vier Tage vor der Loslösung des englischen Pfundes vom Golde — mit erschütternder Deutlichkeit zeigte, wie schwer und wie vergeblich der damalige Reichsbankpräsident Hans Luther um Klarheit über das Wesen der weltwirtschaftlichen Depression und der Bankenkrise rang. Was später von Hitler unter anderen Vorzeichen inszeniert wurde: die Politik der Vollbeschäftigung, war von Männern wie Wilhelm Lautenbach und den Vätern des WTB-Plans (Woytinski-Tarnow-Baade-Plan. Siehe „Gewerkschaftliche Monatshefte“ September 1956, S. 518 ff.: Fritz Baade: Die wissenschaftliche Fundierung der Konjunkturpolitik) seit Jahren vorbereitet; nur hatten die Politiker damals — sei es aus vermeintlichen außenpolitischen Rücksichten, aus Unkenntnis oder Angst — die kühnen Pläne nicht realisiert.

So gewährt dieses Buch auch für die jüngere Generation, für die jene Jahre zur Geschichte gehören, ein gutes Bild von zahlreichen Problemen, mit denen die Weimarer Zeit zu ringen hatte — um so mehr, als der Verfasser auch delikate Fragen zumindest andeutet, z. B. die Streitigkeiten eitler Professoren, den Einfluß der die Gesellschaft finanzierenden Gruppen und jene Themen, wie z. B. Lohnfragen, die von der Friedrich-List-Gesellschaft zwar erwogen, aber dann schließlich nicht zum Gegenstand einer Diskussion gemacht wurden.

Prof. Dr. Gert von Eynern

### KARL MARX DAS KAPITAL

#### Kritik der politischen Ökonomie

Im Zusammenhang ausgewählt und eingeleitet von Benedikt Kautsky, Alfred Kröner Verlag, Stuttgart, 755 Seiten, 17,50 DM.

Karl Marx ist einer der meistgehaßten, aber nichtsdestoweniger einflußreichsten politischen Denker der letzten 100 Jahre. Seine Lehren haben ihn zu einer großen, die Massen bewegenden geistigen Kraft gemacht. Vor dem Gericht der Geschichte aber konnten nicht alle von ihnen bestehen. In dem ständigen Kampf zwischen dem Politiker und dem Wissenschaftler in ihm ist leider der Gelehrte häufig unterlegen. So unterliefen ihm folgenschwere Irrtümer und verrannte er sich in Übertreibungen. Das ändert nichts daran, daß vieles von dem, was er erkannt und entwickelt hat, heute zu den Selbstverständlichkeiten wissenschaftlichen Denkens gehört. „Gerade auf dem Gebiet der Ökonomie hat sich seine Methode der materialistischen Geschichtsauffassung als ungemein fruchtbar erwiesen, und seine Erkenntnisse sind heute Gemeingut der Wissenschaft geworden, ohne daß diese Tatsache ins Bewußtsein der Allgemeinheit übergegangen wäre.“

Es war notwendig, das Hauptwerk des wissenschaftlichen Sozialismus wieder einem breiten Publikum zugänglich zu machen. Denn in unseren Tagen ist der Marxismus bzw. das, was man dafür hält, erneut in aller Munde. Was da oft an Unsinn und Unwahrheiten aufgetischt wird, ist geradezu grotesk. Die von Benedikt Kautsky vorgelegte Auswahl aus allen drei Büchern des „Kapital“, die im Gegensatz zu anderen Popularisierungsversuchen dieses Werkes den Originaltext selbst enthält, kann hier vieles Gute bewirken. Der Unterschied zum Original besteht ausschließlich in Kürzungen, die so vorgenommen wurden, daß der Leser trotzdem eine zusammenhängende Kenntnis der theoretischen Grundgedanken bekommt. Die Krönersche Taschenausgabe erscheint besonders geeignet, gewisse landläufige Freunde und Feinde des Marxschen Systems von ihren zahllosen, einerseits in kritikloser Ergebnisheit und auf der anderen Seite in blindem Haß wurzelnden, meist jedoch auf fundamentaler Unwissenheit beruhenden nebulösen Vorstellungen zu befreien. rb

WALTER LEIFER

ASIEN

Erdeil der Entscheidungen

Marienburg Verlag, Würzburg, 224 Seiten, 14,80 DM.

Welchen Weg die freien Völker Asiens gehen, ob sie vom Sog des Kommunismus erfaßt werden oder ob es ihnen gelingt, demokratische Spielregeln zu Prinzipien ihrer Politik zu machen, hängt wesentlich von der Haltung des Westens ab. Wir können gar nicht genug Geld in die Randzonen des Kontinents hineinstecken — ohne politische Bedingungen daran zu knüpfen —, um hier durch eine neu aufzubauende oder zu vergrößernde Industrie den Wohlstand der Menschen zu heben. „Asien schreit nach unserer Hilfe. Schickt Männer zu ihnen, in denen etwas lebt von einem Albert Schweitzer, einem Pater Damian oder jenen Unzähligen, deren Pioniergeist sich in der Hilfe, nicht im Gelderwerb auswirkt. Militärisch-politische Demonstrationen vermögen den Asiaten nicht zu beeindrucken. Ihm bedeuten die Eigenschaften des Herzens und des Geistes mehr als die des technischen Intellekts. Das sollten wir im Westen doch endlich einsehen.“ Vielen Europäern und Amerikanern mag es schwerfallen, diese Notwendigkeit zu erkennen und Entsprechendes zu tun. Es bleibt uns aber keine andere Wahl, als unsere Vorstellungen von Asien und unser Handeln mit der neuen Wirklichkeit in Einklang zu bringen.

Leifer, der in Neu-Delhi lebt, stellt die dramatischen Umwälzungen, die sich in den letzten Jahrzehnten zwischen dem Mittelmeer und dem Pazifik zugetragen haben, in eindringlicher Weise chronologisch dar. Die dynamischen Kräfte, die das Gesicht Asiens verändern, werden bis zu ihren Ursprüngen zurückverfolgt, so daß der Leser ein Bild von den Entwicklungen in den einzelnen Ländern wie auch von den gemeinsamen Fragen des ganzen Erdteils erhält. Aus dem Buch wird eines wieder klar: In Asien entscheidet sich auch unsere Zukunft. Es ist an der Zeit, daß wir aufwachen. rb

FRITZ WAHL

KLEINE GESCHICHTE SPANIENS

Verlag Heinrich S&amp;effler, Frankfurt a. M., 176 Seiten, 7,80 DM.

Glanz und Konzentration der Darstellung bringen uns mit diesem kleinen Buche das Werden und den Verfall der einstigen Großmacht auf der Iberischen Halbinsel ungewöhnlich nahe. Glückt es doch dem Verfasser, die Triebkräfte der Entwicklung in Spanien und den Charakter des Volkes so offenzulegen, daß man die unter dem Eindruck der letzten Jahrzehnte entstandenen Vorstellungen darüber gründlich revidieren muß. Jahrhundertlang wurde das spanische Volk durch die Intrigen von Monarchen und Interessengruppen hin und her gerissen bis auf wenige kurze Pausen, die das lang währende Werk der Zerstörung nicht auszugleichen vermochten. Es waren Zeiten der

kirchlichen und rassistischen Toleranz, in denen Staat und Wirtschaft gedeihen konnten. Dazwischen aber geriet das Land immer wieder in den Strudel von Machtkämpfen, in denen die Kirche — keineswegs nur in den Zeiten der berüchtigten Inquisition — eine geradezu unheilvolle Rolle spielte. Nicht erst 1936, während der faschistischen Gegenrevolution Francos, sondern wiederholt vorher entlud sich der Zorn des Volkes gegen die politisierende Kirche mit der Einäscherung von Gotteshäusern und Klöstern und mit der Vertreibung von Mönchsorden. Zu den ganz großen Episoden der spanischen Geschichte gehörte der Aufstand gegen Napoleon I., wie überhaupt das Freiheitsgefühl des Volkes immer wieder emporloderte. Wenig bekannt ist in Deutschland, daß Spanien bereits in den siebziger Jahren des vorigen Jahrhunderts eine kurz Periode mit republikanischer Verfassung hatte. Die zweite von 1931 bis 1936 endete mit dem von Hitler und Mussolini unterstützten Aufstand Francos und dem Siege der Gegenrevolution, der nicht hinderte, daß die reaktionären Machthaber des Landes, anstatt vor einen Nürnberger Gerichtshof gestellt zu werden, den Eintritt ihres Landes in die Vereinten Nationen mit militärischen Zugeständnissen an den Westen erreichten . . . Diese wenigen Merkmale der spanischen Vergangenheit geben kleine Hinweise auf die an tragischen Konflikten reiche Geschichte des Landes. Fritz Wahl geht den Zusammenhängen mit der Liebe des wirklichen Kenners nach und versteht dabei, die großen kulturellen Leistungen des Volkes, seiner Denker und Künstler, mit knappen eindrucksvollen Strichen zu deuten. Das macht das kleine Buch zu einem wertvollen Beitrag für das Verständnis europäischen Geschehens.

Artur Saternus

ARNO HOLZ

DAFNIS

Verlag nach J. H. W. Dietz GmbH, Berlin und Hannover. 278 Seiten, 9,80 DM.

Als Arno Holz 1929 — 66jährig — starb, war er als Dichter schon lange vergessen. Daran änderten auch die zahlreichen lorbeerbeschwerten Nachrufe nichts, die man diesem wirklich Großen übers offene Grab hinredete. Der unerschrockene Kritiker seiner Epoche war mit dieser seiner Epoche im Jahre 1914 untergegangen. Im „Schwarzen Ferkel“ zu Berlin saß eine andere Generation, und man erinnerte sich dort kaum noch an den genialischen Phantast-Stämmtisch der Jahrhundertwende.

Dafnis erschien in seiner heutigen Passung 1904, also vor mehr als 50 Jahren, und wenn man die Verse heute liest, wird einem plötzlich bewußt, daß diese Lyrik an keine Zeit gebunden ist. Hans W. Fischer hat recht, wenn er in der Einführung schreibt, daß dieses Werk in der Weltliteratur nicht seinesgleichen hat. Es ist keinem Vorbilde nachgeformt. Arno Holz



hat dem späten Barock nachträglich ein lyrisches Genie geschenkt und dieses „Dafnis“ getauft, indem er die Stilform der Barocklyrik mit geradezu beispielloser Sprachkunst nachgeschaffen hat.

Die Fenster haben wiher Scheiben / weil die Leutnamts Kühe dreiben! / Jeder so in Dorff wie Stadt / küßt sich itzt an Seiner satt / keiner mehr Bedäncken drägt / daß ihn wo ein Schnapp-Hahn schlägt!

Ein herrliches Buch, das, wie alle gute Lyrik, zu lautem Lesen herausfordert; denn erst beim Vorlesen entfaltet sich des Dichters einzigartige sprachliche Meisterschaft.

Dem Verlag gebührt für diese Neuauflage Dank. Die äußere Gestaltung des Bandes ist mustergültig. Kn

## MENSCH UND MENSCHLICHKEIT

Eine Vortragsreihe

Alfred Kröner Verlag, Stuttgart, 132 Seiten, 6,— DM.

Durch die früheren Generationen unvorstellbare Macht der Menschen über die Naturkräfte sind die Völker einander in zunehmendem Maße Gegenstand kaum mehr zu bannender Angst geworden. Aus diesem Elend führt nur die Wiedererweckung gegenseitiger Vertrauenswürdigkeit heraus. Vertrauenswürdig werden wir füreinander, wenn wir uns von neuem der Humanitätsgesinnung zu ergeben wagen. „Denn die Humanitätsgesinnung ist das einzige, was einem Volk dem anderen gegenüber die Gewißheit geben kann, daß es die Macht nicht zum Vernichten des Gegners gebrauchen wird.“ So mahnte *Albert Schweitzer* in seinem

Vortrag anlässlich der Verleihung des Friedenspreises des Deutschen Buchhandels. Seine Ausführungen werden in diesem Buch zusammen mit Betrachtungen von neun deutschen Gelehrten veröffentlicht, die alle dem großen Thema „Menschlichkeit“ gewidmet sind. Es handelt sich dabei um die Niederschrift von Vorträgen, die im „Heidelberger Studio“, einer Sendereihe des Süddeutschen Rundfunks, gehalten worden sind. In den Abhandlungen wird immer wieder die Verantwortung des Einzelnen hervorgehoben. So bei *Karl Jaspers*, der in seinem Aufsatz „Das Kollektiv und der Einzelne“ schreibt: „Wenn nicht alle, wenn nicht viele, wenn nicht einige Einzelne, deren Dasein vorbildlich wirkt, den Gang der Dinge tragen, dann wird das Ende in wenigen Jahrzehnten gewiß sein. Wenn aber der Mensch als einzelner sich behauptet, darf er hoffen, mit der ihm wieder neu werdenden Gemeinschaft dem Untergang der Menschheit zu widerstehen, aber vielleicht nur so, daß er sittlich-politisch ein anderer wird in dem Maße, daß es wie eine Umkehr ist.“ Der Berliner Anthropologe *Karl Muckermann* sagt über „Die Pflege der Menschlichkeit“ an einer Stelle: „Nur in einer Ethik, die vor dem Geheimnis freien Menschentums steht, ist die Haltung möglich, die für alle Erkenntnis des Sittlichen gefordert wird: Die staunende Ehrfurcht vor der den Menschen anvertrauten und zur Pflege übergebenen Humanitas.“ Die kleine wertvolle Schrift gibt Rat in vielen Fragen, die uns heute bedrängen. Außer Schweitzer, Jaspers und Muckermann kommen zu Wort: Eduard Spranger, Helmut Schelsky, Helmut Thielicke, Wilhelm Kamlah, Martin Buber und Karl Barth. rb

**MITTEILUNGEN** *Dr. Rupert Breitling* studierte an der Universität Heidelberg

Sprachen, Sozial- und Staatswissenschaften. Seine Dissertation

**DER REDAKTION** über die Verbände in der Bundesrepublik hat vor einigen

Jahren starke Beachtung gefunden. Eine eingehende Untersuchung der in seinem Aufsatz über die Entwicklung der Parteien geschilderten Verhältnisse erscheint demnächst unter dem Titel „Wahlen in Westdeutschland“ von *Erwin Faul*, *Peter Molt* und *Rupert Breitling* in Buchform.

*Erika Donner* studierte Fremdsprachen und Pädagogik und ist heute Dolmetscherin für Englisch, Französisch und Spanisch und Export-Korrespondentin. Sie ist seit 1947 Mitglied der Gewerkschaften und vor kurzem in den Betriebsrat des Werkes gewählt worden, in dem sie gegenwärtig tätig ist.

*Prof. Dr. Max Gustav Lange* wirkte nach 1945 als Professor für Soziologie und Pädagogik in der Sowjetzone. Nach 1950 veröffentlichte er in der Bundesrepublik „Totalitäre Erziehung“, „Wissenschaft im totalitären Staat“ und „Marxismus, Leninismus, Stalinismus“.

*Alfons Montag* war lange Zeit im Bankfach tätig (Deutsche Bank) in Mülhausen, Erfurt und Frankfurt. Seit 1. November 1945 ist er Wirtschaftsredakteur bei der „Frankfurter Rundschau“. Sein besonderes Interesse gilt auf Grund seiner Ausbildung dem Geld-, Kapital- und Aktienmarkt.

*Dr. Erich Göttlicher* ist Wirtschaftsberater bei der Europäischen Regionalorganisation (ERO) des Internationalen Bundes Freier Gewerkschaften in Brüssel.

In den Textentwürfen des Vertrages über die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft ist die Bezifferung der Artikel verschiedentlich, geändert worden. In dem Beitrag „Das Feilschen um den Gemeinsamen Markt“ von *Dr. Karl Kühne*, den wir im Maiheft veröffentlicht haben, sind aus diesem Grunde zwei Berichtigungen notwendig. Auf Seite 288 muß es im 5. Absatz statt Artikel 211 Abs. 2 richtig heißen: Artikel 148 Abs. 2. Auf Seite 291 2. Absatz muß es statt § 18 heißen: § 19.